

Was Österreichs Frauen sauer aufstösst

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **42 (1986)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845029>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dass Marie Heim-Vögtlin bei alledem nicht von der sanften Art sein konnte, scheint uns heute klar. Für ihre unmittelbare Umgebung war ihr autoritärer Charakter gelegentlich ein Problem - ihre Kinder bedachten sie mit dem mehrdeutigen Spitznamen "Jungfer Vögtlin".

Ihrem energischen Einsatz verdanken wir viel. Wie weit der Weg zur Gleichberechtigung auch noch an ihrem Lebensende war, zeigt ein Briefausschnitt, in dem sie mit ihrem Sohn, der damals im Ausland weilte, die Grösse eines Patengeschenkes erörterte: "Du sollst doch bitte ein Sparbüchlein anlegen. Altmodischerweise würde man sagen: für einen Bub 100, für ein Mädchen 50! Aber gell, das gilt nicht mehr heutigentags!"

Neue Mitglieder willkommen

Anmeldungen für den Verein Aktiver Staatsbürgerinnen bitte an Justine Tanner, Weinbergstrasse 85, 8006 Zürich.

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Was Österreichs Frauen sauer aufstösst

(mtl) Ungleichheitsproblem Nummer eins ist für Österreichs Frauen der ungleiche Lohn für gleichwertige Arbeit, dicht gefolgt von der Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche und der allein zu tragenden Arbeitslast im Haushalt. Nur halb so schlimm empfinden die Österreicherinnen die fehlende politische Vertretung.

Die österreichische Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal wollte es endlich genau wissen. Sie beauftragte das IFES (Institut für empirische Sozialforschung), das der SPÖ nahesteht und eines der zwei grossen Meinungsforschungsinstitute des Landes ist, mit einer Untersuchung repräsentativer Art. Was herauskam, mag die Politikerinnen enttäuschen im Lande, da man gerade die Quotenregelung zur Sicherung einer besseren politischen Präsenz der Frauen diskutiert: Die fehlende politische Vertretung durch Frauen ist für 22% der Österreicherinnen überhaupt kein Problem, die Hälfte gibt zu, dass dies "ein gewisses Problem" sein dürfte, und nur 26% finden, dies sei ein "schwerwiegendes Problem". Zum Vergleich: Es heisst, dass in den Parteien - wie auch bei uns - die Frauen kaum je die 20%-Grenze erreichen, und - die sexuelle Belästigung empfinden fast ebenso viele der Damen in Wien, Salzburg oder im Tirol als "sehr schwerwiegendes Problem".

Was als schwerwiegend empfunden wird von 68% der Österreicherinnen und als ein gewisses Problem von weiteren 26%, ist die ungleiche Bezahlung. Nur gerade 6% sind mit der Bezahlung zufrieden. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass das niedrigere Lohnniveau Österreichs dazu führt, dass mehr Frauen als hierzulande einer Berufsaufgabe nachgehen (müssen).

Das nächst schwerwiegende Problem, worunter 64% stärker, 30% weniger stark leiden, ist die Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche. Die aber ist bedingt durch die "Gefahr", dass Frauen Kinder bekommen und nach österreichischem Recht dann für zwei Jahre von der Arbeit dispensiert werden, während ihr Arbeitsplatz gesichert bleiben muss. Auf diese Probleme wurde auch bei uns im Zusammenhang mit der Mutterschaftsversicherung aufmerksam gemacht. In Österreich hat sich nun der Beweis (bei einer allerdings weitergehenden "Sicherheit" der Mütter) ergeben, dass solche Diskriminierungen als gegenteiliger Effekt des Mutterschutzes auftreten.

Dass die ungleiche Verteilung der Hausarbeit für 51% der Frauen ein schwerwiegendes, für weitere 35% immer noch ein Problem und nur für 12% kein Problem ist, hat mit der Doppelbelastung der berufstätigen Hausfrauen zu tun. Sie sehen das geringe Engagement ihres Göttergatten bei Hausarbeit und Kindererziehung als unerträgliche Belastung an, und von den 16- bis 29jährigen Österreicherinnen finden 93%,

auf diesem Sektor müsse so rasch als möglich etwas geschehen.

Politik weniger hautnah

Im Vergleich mit diesen alltäglich bei der Hausarbeits-Überlastung oder Ende Monat in der Zahltagstüte erlebten Problemen, ist Politik für die Österreicherinnen etwas Zweitrangiges. Zwar ist gegenüber 1969 ein gewisser Fortschritt festzustellen: damals erklärten 26% der Frauen, Politik sei "der unwichtigste Teil in ihrem Leben", heute be trägt die Schar der Polit-Abstinentinnen nur noch 16%. Vor allem die Österreicherinnen ohne höheres Bildungsniveau scheinen politisch fast gefährlich naiv: 57% glauben, man sollte die Politik ruhig "den guten Leuten an der Spitze überlassen" (aber nur 16% der Frauen mit Matura denken so). Dies in einem Lande, wo viel stärker als bei uns die jeweilige Gegenpartei, vor allem aber die herrschende SPÖ/Gewerkschaft kritisiert wird. 72% haben resigniert, finden, "der kleine Staatsbürger kann in der Politik ohnehin nichts machen".

Die Quotenregelung, d.h. die Bestimmung, dass 25% aller SPÖ-Mandate an die Frauen gehen, ist die logische Folge der geäußerten Frauenwünsche an die Regierung, als da sind: gleicher Lohn, Ende der Arbeitsplatzdiskriminierung, mehr Unterstützung in Familienfragen (Kindergärten usw.) und vor allem ein besseres Scheidungsrecht. Aber die Frauen vertrauen offenbar mehrheitlich immer noch darauf, dass die Herren der Schöpfung ihnen auch ohne politischen Druck ihre Wünsche erfüllen.